

Motion Fraktion SP/JUSO mit ARP (Liselotte Lüscher, SP/Ernst Stauffer, ARP) vom 14. August 2008: Der Stehstress in der Stadt Bern muss endlich ein Ende haben!; Abschreibung

Am 6. November 2008 hat der Stadtrat die folgende Motion Fraktion SP/JUSO mit ARP erheblich erklärt. Die Frist zu deren Erfüllung wurde mit SRB 737 vom 9. Dezember 2010 bis 30. Juni 2011 verlängert:

Viele von uns haben sich auf den Baldachin und den neuen Bahnhofplatz gefreut. Doch einige sind nun in einem Punkt enttäuscht: An den Haltestellen der Trams 3, 5 und 9, sowie dem Bus 12 gibt es meist überhaupt keine Möglichkeit zu sitzen. Die drei Bänke für die vier Perrons sind voll und wenn man höflich fragt, darf man sich vielleicht zwischen drei oder, wenn sie eher dünn sind, vier dort wartende Personen hineinquetschen. Dann kann man sich das Schimpfen über die fehlenden Sitzgelegenheiten in der Stadt Bern anhören. Auf den zwei mittleren Perrons gibt es überhaupt keine Sitzgelegenheit, dort setzen sich Junge oft einfach auf den Boden, denn auch Junge stehen nicht immer gern, und die älteren warten mit Schmerzen in den Knien, in den Hüften oder im Rücken bis ihr Tram kommt, abends stehen sie fast eine Viertelstunde. In der Spitalgasse gibt es zwar ein paar Sitzgelegenheiten, aber auch diese sind so schmal, dass praktisch nur eine Person dort Platz findet. In der Marktgassee finden sich gar keine Sitzgelegenheiten. Hier sitzen die Jungen auf den Stufen vor der Laube und die Älteren, die sich nicht mehr so leicht aus einer Kauerstellung erheben können, haben zu marschieren. Wie wird es wohl im Bärenpark sein, ist der ausschliesslich für Leute gedacht, die stehen können, bis sie irgendwo einen Bär sichten?

Man kann es nur wiederholen: in Bern gibt es rund 20 Prozent ältere Leute, die mindestens zum Teil Probleme haben beim Stehen, sei es weil ihre Füsse schmerzen, ihr Rücken schlechter geworden ist, ihre Knie wehtun. Auch jüngere Personen sitzen oft gern, vielleicht nicht weil sie Schmerzen haben, sondern weil sie müde sind oder vielleicht weil sie wegen einem Sportunfall am Stock gehen.

Es ist nicht zu verstehen, warum eine eigentlich menschenfreundliche Stadt wie Bern für ihre Bevölkerung so wenige Sitzgelegenheiten bereitstellt. So kann es nicht weitergehen.

Wir fordern deshalb vom Gemeinderat, dass er

1. raschmöglichst ein Konzept für Sitzgelegenheiten in der Stadt Bern – insbesondere für den Raum Bärenpark bis Hirschengraben
2. und eine Kreditvorlage zu dessen Umsetzung zuhanden des Stadtrats erarbeitet.

Bern, 14. August 2008

Motion Fraktion SP/JUSO mit ARP (Liselotte Lüscher, SP/Ernst Stauffer, ARP), Markus Lüthi, Giovanna Battagliero, Claudia Kuster, Annette Lehmann, Stefan Jordi, Rolf Schuler, Beni Hirt, Margrith Beyeler-Graf, Ursula Marti, Christof Berger, Miriam Schwarz, Andreas Zysset, Beat Zobrist, Guglielmo Grossi, Michael Aebersold

Bericht des Gemeinderats

In seinem Antrag zur Fristverlängerung vom 3. November 2010 hat der Gemeinderat sein Verständnis für das Anliegen der Motionärinnen und Motionäre bekräftigt. Dabei ist er sich bewusst, dass der öffentliche Raum täglich von einer Vielzahl von Nutzerinnen und Nutzern unterschiedlicher Anspruchsgruppen beansprucht wird. Die Art und Weise, wie sich Personen im öffentlichen Raum aufhalten und bewegen, ist Ausdruck ihrer individuellen Bedürfnisse. Fussgängerinnen und Fussgänger haben andere Interessen und Motive als andere Verkehrsteilnehmende oder die Besitzerinnen und Besitzer von Ladengeschäften. Die Bedürfnisse von Marktfahrenden unterscheiden sich von den Ansprüchen von Restaurantgästen. Interessenskonflikte unterschiedlicher Art sind die Folge und führen deshalb regelmässig zu öffentlichen Diskussionen.

Die vom Gemeinderat im Fristverlängerungsantrag in Aussicht gestellte Inventarisierung der Sitzgelegenheiten hat aufgezeigt, dass die Stadtgärtnerei und das Tiefbauamt gemeinsam rund 2 360 öffentliche Sitzbänke unterhalten. In dieser Zahl noch nicht erfasst sind die Sitzgelegenheiten bei den Wartehallen des öffentlichen Verkehrs. Da jede Wartehalle ebenfalls mit Sitzmöglichkeiten ausgerüstet ist, erhöht sich die Zahl der öffentlichen Sitzgelegenheiten auf insgesamt über 2 500 Stück. In der unteren Altstadt befindet sich zudem im Laubenbereich der Haupt- und Nebengassen eine Vielzahl von weiteren Bänken und Sitzgelegenheiten. Diese Bänke stehen zwar auf dem privaten Boden der Lauben, doch sind die Lauben der Altstadt - und somit auch die Bänke - der Öffentlichkeit gewidmet.

Im Fristverlängerungsantrag wurde dargelegt, dass seit Herbst 2008 an innerstädtischen Standorten insgesamt 20 zusätzliche Sitzgelegenheiten eingerichtet worden sind (Bahnhofplatz, Christoffelunterführung, Schwanengasse, Bundesgasse, Bundesplatz und Terrasse Rathausparking). Die Inventarisierung und Standortbeurteilung der bestehenden Sitzbänke hat aufgezeigt, dass in der Innenstadt das Aufstellen weiterer zusätzlicher Sitzbänke aufgrund des hohen Nutzungsdrucks und der engen Raumverhältnisse nicht sinnvoll ist, weil die dort vorhandenen Freiflächen in erster Linie Zirkulations- und Durchgangsräume darstellen. Gestützt wird diese Haltung insbesondere auch von der Fachgruppe Gestaltung öffentlicher Raum (GöR). In der GöR vertreten sind das Stadtplanungsamt, das Tiefbauamt, die Verkehrsplanung, die Denkmalpflege, die Stadtgärtnerei sowie das Polizeiinspektorat.

Etwas anders präsentiert sich die Situation bei einer stadtweiten Betrachtungsweise: So wurden seit dem Jahre 2008 beispielsweise im erweiterten Perimeter Tram Bern West (die Haltestellen ausgenommen) weitere 69 Sitzbänke und 18 Einzelsitze erstellt. Zudem wurden auch im Länggassquartier (Mittelstrasse) 3 Sitzbänke sowie im Bereich des Blumenfeldspielplatzes 2 Sitzbänke errichtet.

Diese Zahlen zeigen, dass der Wunsch nach mehr Sitzgelegenheiten ernst genommen und entsprechende Massnahmen in den einzelnen Bauprojekten auch ohne übergeordnetes Sitzbankkonzept umgesetzt werden. Ein übergeordnetes Konzept für das Aufstellen von Sitzgelegenheiten verspricht demgegenüber kaum einen Zusatznutzen. Das Anbringen zusätzlicher Sitzmöglichkeiten soll deshalb auch künftig stets situativ, d.h. abgestimmt auf die jeweiligen speziellen Raumverhältnisse und Nutzungen geprüft werden.

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat deshalb, die Motion abzuschreiben.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzuschreiben.

Bern, 29. Juni 2011

Der Gemeinderat